

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riefa,
Hermann Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißner bezugsfähiger bestimmtes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1590,
Stroßstraße
Riefa Nr. 52.

Nr. 2.

Montag, 4. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Wintertauschs von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogens sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Verbleiben an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Anzeigenbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riefa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Dankfagung des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Dem Herrn Reichspräsidenten sind anlässlich des Jahreswechsels zahlreiche Glückwünsche aus dem In- und Auslande zugegangen. Da es ihm zu seinem Bedauern nicht möglich ist, sie einzeln zu beantworten, läßt der Herr Reichspräsident alle, die seiner in diesen Tagen freundlich gedacht haben, bitten, auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank und seine aufrichtigen Wünsche für das neue Jahr entgegenzunehmen.

Die Niederlage des Völkerbundes.

qu. Als der Völkerbund gegründet wurde, schwebte den Mächten, besonders dem eigentlichen Vater des Bundes, Wilson, der Gedanke vor, diese lästige Vereinigung der Mächte könne eine neue Zeit weiten, den Krieg und alle völkerrechtlichen Schwierigkeiten beseitigen, er könnte den Bedankensausfluß fördern und wirtschaftliche Schwierigkeiten ausgleichen. Er konnte Reibungen, wie sie auch liegen, ausschalten und Gegner zu Freunden, die Welt zu einem Eldorado des Glücks machen. Und mit schönen Reden und dem Beifall der Welt wurde der Völkerbund aus der Taufe gehoben. Nun ist unverkennbar, daß er zunächst recht heikale Fragen zu erledigen hatte. Auch die Länder, die die Führung im Völkerbund hatten, die Großmächte, sahen sich bei vielen Entscheidungen, die zuerst gefällt werden mußten, als Partei. Sie folgten aber nicht dem allgemeinen juristischen Grundgesetz, sondern schloßen sich an, Richter in ihrer eigenen Sache zu sein.

Daraus ergab sich dem auch eine bis heute übliche Taktik. Die Taktik der Verhandlungen hinter den Kulissen, nicht die Entscheidung durch eine unbeteiligte Mehrheit, sondern die Suche nach einem Kompromiß. Der Völkerbund ist in allen seinen Entscheidungen immer auf Kompromisse angewiesen gewesen. Und es hat sich die Eigentümlichkeit eingebürgert, daß einige Länder es wagen konnten, selbst gegen den gesamten Völkerbund zu agieren. Sie verlangten die Anerkennung ihrer Forderungen, ließen sich handeln und verständigten sich sodann auf einer ihnen angenehmen Basis. Das sieht richtig aus: Die Degradierung des Völkerbundes! Der Völkerbund, der über die ganze Welt bestimmen sollte, der sich Statuten gab, die klar und deutlich sagen, daß jede Macht den Beschlüssen des Völkerbundes unterzuordnen hätte, bildete eine Niederlage nach der anderen. Er führte nicht, sondern ließ sich führen, er entschied nicht ohne Ansehen des einzelnen Landes, sondern richtete sich nach den Machtverhältnissen und dem, was das einzelne Land in die Waage zu werfen hatte. Er war nicht objektiver Richter, sondern, wie wir Deutschen sagen, Konzeptionschulze.

Dennoch war es für Deutschland praktisch, Mitglied dieses Völkerbundes zu werden. Wir mußten und sagen, so lange unsere Stimme im Rat der Völker nicht vernehmbar war, solange wir unsere Rechte nicht verteidigen konnten, mußte vielfach, namentlich infolge der ganz veränderten Verhandlungsart, zu unseren Ungunsten entschieden werden. Doch haben wir allein nicht die Kraft gehabt, dem Völkerbund das Ansehen zu verschaffen, das er im Augenblick seiner Begründung besaß. Schon der Umstand, daß zahlreiche Verträge und Pakte geschlossen wurden, die letzten Endes nichts anderes bezweckten als das, was Aufgabe des Völkerbundes sein sollte, so der Völkerbund, nahm dem Völkerbund gewisse Vorrechte. Der Völkerbund hat die Möglichkeit, jeden Krieg zu vermeiden, er hat die Möglichkeit, jedem Lande völlige Sicherheit zu gewährleisten. Er bürgt dem abgerüsteten Lande die Sicherheit und mährt die Abrüstung als logische Konsequenz seines Programms tatkräftig betreiben. Er müßte sofort eingreifen, wenn er feststellt, daß die Reparationen zur Vermeidung der gesamten Weltwirtschaft führen. Er müßte die Währungsfrage der ganzen Welt regeln, er müßte für Arbeitsbeschaffung und soziales Recht sorgen. Er müßte Frieden, Wohlstand verbürgen. Er brauchte seine Statuten nur wortwörtlich zu befolgen.

In allen Fällen zeigten sich aber nur Ansätze, es zeigte sich niemals der ernste Wille zur Erfüllung der großen Aufgaben, die ihm gestellt waren. Sonderkonferenzen, Verhandlungen zwischen den einzelnen Mächten, Abmachungen über den Kopf des Völkerbundes hinweg waren erforderlich. So hat man sich den Völkerbund überflüssig nicht gedacht. Diese Diskreditierung haben die Mächte verschuldet, die zunächst den Völkerbund als ihre Domäne ansahen und mit seiner Hilfe Sonderinteressen zu verfolgen suchten. Mit der Zeitlang überwiegen nach Wunsch und Willen Frankreichs baute er zum ersten Male seine Unfähigkeit einer objektiven Weltmacht zu erweisen. Er ließ sich auf Experimente ein, die nicht einer Rechtfertigung glichen, sondern mehr die Befolgung einer Forderung waren.

Aber immer noch glaubte man, einmal könne er sich aufrufen, einmal könne er zu der großen Objektivität zurückfinden. Es gab harmlose Gemüter, die sogar verlangten, er solle von sich aus die Reparationsfrage ohne Anhängung der direkt Beteiligten nach Treu und Glauben lösen. Nicht einmal zu Erwägungen ist es in dieser Frage gekommen. Deshalb, weil der Anfang schlecht war und weil sich der Völkerbund seines Rechtes von vornherein beraubt, weil er tatkräftig

Einzug der Japaner in Kintschau. Rückzug des chinesischen Generalstabs.

* Paris. Wie die Agentur Indopastique aus China berichtet, hat sich die Regierung von Kintschau mit dem Generalstab auf Kantschi innerhalb der Großen Mauer zurückgezogen. Japanische Marineartillerie habe die Eisenbahnstrecke zwischen Peking und Kantschi besetzt und den Verkehr auf dieser Strecke an verschiedenen Stellen unmöglich gemacht.

Wie die Agentur Rengo aus Tokio berichtet, haben die japanischen Truppen, nach einem beim Kriegsministerium eingegangenen amtlichen Telegramm, ihren offiziellen Einzug in die Stadt Kintschau mit Generalleutnant Muro an der Spitze gestern um 10.40 Uhr gehalten. Die Besetzung der Stadt soll nach dieser Meldung den einrückenden japanischen Truppen sogar begehrte Rundgebungen bereitet haben.

Mongoleipläne Japans.

Moskau (über Romno). Nach einer russischen Meldung aus Tokio hat der japanische Kriegsminister eine Unterredung mit Vertretern der japanischen Presse gehabt, in der er erklärte, daß die Besetzung Kintschaus durch die Japaner das bedeutungsvollste politische und militärische Ereignis in dem japanischen Feldzug in der Mandschurei darstelle. Damit habe Japan die Scharnieraktion in der Mandschurei beendet. Es werde nun alle Maßnahmen treffen, um eine enge Verbindung zwischen der Mongolei und der Mandschurei herzustellen.

Belagerungszustand über Kintschau.

Tokio. Ueber Kintschau, das am Sonntagabend von den japanischen Truppen besetzt wurde, ist bis auf weiteres der Belagerungszustand verhängt worden. Von den Japanern ist eine Entlassungsaktion durchgeführt worden. 6000 chinesische Soldaten sind vorläufig interniert. Der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte, General Gongo, traf am Sonntag in Kintschau ein, um die weitere Operation gegen die sich zurückziehende chinesische Armee zu leiten. In Kintschau ist ein Bombenflugzeug-Geschwader mit 11 Apparaten gelandet.

Große Erregung in China.

Schanghai. Die Besetzung Kintschaus durch die Japaner hat in ganz China große Erregung hervorgerufen. Es wird vielfach die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die chinesische Regierung jetzt entscheidende Schritte gegen Japan unternehmen müsse, um die Lofioer Regierung zur Einstellung des Vormarsches ihrer Truppen zu zwingen. Die chinesischen Studentenorganisationen erklären, daß sie einen Tag in der kommenden Woche als Trauertag begehen und von der Regierung die Kriegserklärung gegen Japan verlangen werden.

Erhebliche Verschärfung in Indien

Scharfe Ablage an Gandhi

Neu-Delhi, 4. Januar.

Der Vizekönig erwiderte auf das ausführliche Telegramm Gandhis vom 1. Januar, er und die Regierung beabsichtigen, daß der Ausschluß der Nationalkongresse die Beschlüsse gefaßt habe, die für den Fall, daß gewisse Bedingungen nicht erfüllt werden, die Wiederaufnahme des Feldzuges des jwollen Ungehorsams vorsehen. Sie bedauerte dies umso mehr, als die Regierung von Indien erklärt habe, daß sie die in der Erklärung des Premierministers angeführte Verfassungsreform beschleunigt durchführen wolle. Keine Regierung könne zulassen, daß man ihr Bedingungen durch eine Drohung aufzwinge. Er und die Regierung müßten Gandhi und den Nationalkongress für alle Folgen verantwortlich machen, die sich aus der vom Nationalkongress beschlossenen Aktion ergeben könnten. Die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um diese Aktion zu bekämpfen.

Bombay, 4. Januar.

Gandhi erklärte einem Vertreter des Reutersbüros, daß ihn die Antwort des Vizekönigs mit tiefer Betrübnis erfüllt habe. Der Vizekönig habe gewissermaßen die Türe (Schloß) zugeklappt, indem er für die von Gandhi erbetene Unterredung Bedingungen stellte, die kein Mensch, der Selbstachtung besitze, habe annehmen können.

Gandhi verhaftet

London, 4. Januar.

Die gesamte Presse berichtete eingehend von der immer bedrohlicher werdenden Lage in Indien. Ueberschriften wie: „Bruch mit dem Konarek jetzt ermartet“, „Gandhi kann un-

berzüglich verhaftet werden“, „Indien am Vorabend großer Entscheidungen“ kennzeichnen die Stimmung der Völker.

Reuters berichtet aus Bombay, Gandhis Verhaftung werde unmittelbar bevor und man erwarte, daß der Kongress seine Augenblicke für ungeschicklich erklärt werde. Man glaube auch, daß jede finanzielle Unterstützung des Kongresses verboten werde.

Gandhi erklärte dem Reuterskorrespondenten gestern früh um 2 Uhr, er erwarte jede Minute verhaftet zu werden, und er sei sehr traurig darüber, daß er das Telegramm vom Vizekönig erhalten habe. Gandhi widmete sich gestern um 5.30 Uhr früh seinen täglichen Gebeten, worauf die Lichter ausgeblüht wurden. Dann erklärte er sehr bewegt: Vielleicht ist dieses unser letzter Morgen des Gebets.

London, 4. Januar.

Am Sonntagabend lief in London die Meldung aus Bombay ein, daß Gandhi verhaftet worden ist. Näheres Einzelne über die erneute Verhaftung Gandhis fehlen noch.

Weitere Verhaftungen

Peshawar, 4. Januar.

Die Anwesenheit einer zahlreichen Menge anlässlich eines Marktes wurde von den Rothemden zur Auffstellung von Postkottposten benutzt. 170 Personen wurden verhaftet, so daß die Gesamtzahl der verhafteten Rothemden sich jetzt auf 1345 beläuft.

Bombay, 4. Januar.

Der bekannte Revolutionär Shora wurde auf der Fahrt nach Kalkutta im Zug verhaftet und im gleichen Zug mit unbekannter Bestimmung abtransportiert.

und nicht unparteiisch handelte. Es sei nicht verschwiegen, daß er gewiß viele Fragen gut und zum Wohle der Welt gelöst hat, daß er in vielen Fällen einen gerechten Versuch tat. Aber doch nur dann, wenn die führenden Mächte an der Lösung dieser Fragen weniger interessiert waren oder gar, wenn sie selbst einmal dem Recht zum Recht verfallen wollten.

Als größte Aufgaben in dem Wirrwarr der Beitritte sehen nun immer noch die zur Vermeidung neuer Kriege. Obwohl der Nichtangriffspakt, der von einzelnen Ländern geschlossen wurde, auch hier bereits den Völkerbund, der ja den Nichtangriff garantierte, desavouierte, meigte man zu der Ansicht, im ersten Augenblick würden die Völkerbundmächte sich den Kriegslustigen entgegenstellen und von den natürlichen Verpflichtungen Gebrauch machen. Aber frisch und frohlich trat der Krieg im fernen Osten, wird in der Mandschurei zwischen Japan und China ein Krieg ausgefochten, mit dem man sich nicht so sehr beschäftigt, weil Europa keine eigenen großen Räte hat und die Mandschurei weit weg liegt. Doch muß einmal auch diese Frage in den Vordergrund gerückt werden. Was hat der Völkerbund ge-

tan, um beide beteiligten Mächte zur Reize zu bringen. Wir brauchen nicht zu unterfragen, wer der schuldige Teil ist, ob China oder Japan. Dazu hat der Völkerbund seine Spezialisten. Aber wir müssen, unter Beachtung der Statuten des Völkerbundes, die Frage aufwerfen, weshalb diese Kriegsfrage so lau behandelt wurde und weiter behandelt wird. Scheuen sich die Mächte des Völkerbundes, so in Aktion zu treten, wie es in den Statuten des Völkerbundes vorgeesehen ist? Und weshalb scheuen sie sich? Es ist darauf, daß trotz der Ermahnungen des Völkerbundsrats in der Mandschurei noch immer gekämpft wird, zu folgern, daß auch die an ihm beteiligten Mächte ihn nicht mehr recht ernst nehmen und im Laufe der Zeit seine innere Schwäche erkennen haben. Sonst würden sie es nicht wagen, gegen den Staat zu lösen. Der Völkerbund hat, das sagt der Mandschurische Krieg, wieder eine Schlacht verloren, er hat eine neue Niederlage zu buchen, die seinem Ansehen nicht dienen kann. Das Vertrauen zu ihm, der Großen schaffen konnte, ist im Abfließen, seine Statuten scheinen nur wertvolle Dokumente ohne bindende Verpflichtung geworden zu sein.